

Sozialismus.de

Heft 6-2022 | EUR 8,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Richard Detje: Offensive für mehr Mitbestimmung

Otto König: Zum ersten Mal eine Frau an der DGB-Spitze

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Bernd Riexinger, Harald Wolf, Felix Jaitner, Klaus Busch, Wolfgang Müller, Björn Radke, Joachim Bischoff, Hinrich Kuhls, Mario Keßler, Florian Weis



DIE LINKE.

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Die New York Times ermahnt die US-Regierung

In die Debatte um die Kriegsziele der westlichen Länder hat sich jetzt auch die New York Times eingemischt. In einem Kommentar ihres Editorial Boards wird nach den Kriegszielen Amerikas gefragt und vor einer Ausweitung des Krieges gewarnt.

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Eindeutiger Gewinner der Landtagswahlen sind die Grünen, die mit einem Stimmenanteil von 18,2% ihr Ergebnis von 2017 um 11,8% verbessern konnten. Sie holten gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2017 dreimal so viele Wähler*innenstimmen.

Politischer Erdbeben in Kiel

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein ist deutlich: CDU-Ministerpräsident Daniel Günther soll die Zukunft des Landes für weitere fünf Jahre gestalten. Mit einem erdbebenartigen Vorsprung von über 20 Prozentpunkten vor den anderen Parteien erreicht die CDU ein Ergebnis, das eine Zweier-Koalition wieder möglich macht.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 6 | Juni 2022 | 49. Jahrgang | Heft Nr. 473

DIE LINKE in kriegerischen Zeiten

Bernd Riexinger:

DIE LINKE vor Parteitag und Vorstandswahlen 2

Harald Wolf: Linke Industriepolitik, Stärkung des Öffentlichen und neue Friedenslösungen. Wie die Krise überwunden werden könnte 6

Felix Jaitner: Die Stunde der Falken. Der Russland-Ukraine-Krieg ist nur der Auftakt für militärische Konflikte im postsowjetischen Raum 10

Der Klimawandel im Vormarsch

Björn Radke: Klimawandel – Extreme Wetterlagen gefährden globale Ernährung 15

Wolfgang Müller: Kann die VR China die Klimaziele erreichen? 20

Die Welt in tückischen Gewässern

Klaus Busch: Ende der politischen Stagnation in der EU? 25

Michael Wendt: Was kann »unkonventionelle« Geldpolitik in der EWU 30

Joachim Bischoff: Droht eine Rezession der Globalökonomie? 35

Hinrich Kuhls: Das »Globale Britannien« in tückischen Gewässern
Die Folgen einer Illusion 41

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Vorausschauende Arbeitspolitik als sozialer Eckpfeiler der Transformation (aus dem Memo 2022) 47

Forum Gewerkschaften

Richard Detje: Offensive für mehr Mitbestimmung
Vorschläge des DGB für ein Betriebsverfassungsgesetz des 21. Jahrhunderts .. 52

Otto König: Erste Frau an der DGB-Spitze
22. DGB-Bundeskongress in Berlin: Führungswechsel in schwierigen Zeiten .. 55

Dennis Faupel: »Wirkmächtigkeit« auf dem Prüfstand
Betriebsratswahlen im IG Metall Bezirk Mitte – eine vorläufige Bilanz 59

Forum Gewerkschaften: Kämpfen lohnt sich. Tarifeinigung im Sozial- und
Erziehungsdienst: Entlastungstage und Sonderzulagen durchgesetzt 63

Geschichte | Buchbesprechung

Mario Keßler: Flucht in Ketten, Sehnsucht hinter Mauern
Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung und die beiden deutschen Staaten ... 65

Florian Weis: Antifaschisten, Marxisten und Antistalinisten
(zu Riccardo Altieris Doppelbiografie zu Rosi Wolfstein und Paul Frölich) 70

Impressum | Termine | Film

Impressum 57

Tipps zum Hingehen oder Online 72

Klaus Schneider: Blutsauer (Filmkritik) 73

Supplement

EuroMemo Gruppe: **EuroMemo 2022**

Zwischen Coronakrise und Ukraine-Krieg: Die EU im Jahr 2022

Linke Industriepolitik, Stärkung des Öffentlichen und neue Friedenslösungen

Wie die Krise der Partei DIE LINKE überwunden werden könnte

von ■ Harald Wolf



Transparent auf einer Friedenskundgebung in Bautzen am 2.3.2022 (Foto: dpa)

DIE LINKE befindet sich unbestreitbar in ihrer schwersten Krise seit Gründung der Partei. Immer weniger Wähler*innen billigen ihr einen »Gebrauchswert« zu, viele sehen keinen Sinn mehr in einer Stimmabgabe für DIE LINKE. Ein weit hinter den Erwartungen liegendes Wahlergebnis bei den Europawahlen, drastische Stimmenverluste bei Landtagswahlen im Osten Deutschlands, lediglich 4,9% bei den Bundestagswahlen und schließlich Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen auf dem Niveau von Kleinstparteien – all dies zeugt von einem dramatischen Vertrauensverlust und einer existenziellen Krise der Partei. Auf der anderen Seite jedoch stehen Umfragen, wonach mehr als 8% der

Wähler*innen sich traditionell der LINKEN verbunden fühlen.

Das Potenzial der Wähler*innen, die sich grundsätzlich eine Wahl der LINKEN vorstellen können, liegt nach einer neuesten Umfrage noch immer bei 18%. Zwischen dem real existierenden Zustand der Partei und ihren potenziellen Möglichkeiten klappt also eine immer größer werdende Lücke. Diese zeigt einerseits die Tiefe der Krise – sie zeigt aber auch, dass es ein unausgeschöpftes Potenzial für linke Politik gibt, und dass damit die Chance besteht, die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Erfolgreich war DIE LINKE, solange sie die Wünsche und Interessen eines relevanten Teils der Gesellschaft artikuliert und von diesem getragen wurde. Als einzige Partei stellte sie sich ge-

gen die Agenda 2010. Sie füllte damit eine Repräsentationslücke im politischen System, als SPD und Grüne mit ihrer neoliberalen Wende im Verein mit CDU und FDP den größten Angriff auf den Sozialstaat seit Bestehen der Bundesrepublik unternahmen. Mit ihrer Ablehnung der Interventionskriege in Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak konnte sie an die verbreitete Stimmung in der Bevölkerung anknüpfen, wonach Deutschland nie wieder an einem Krieg beteiligt sein sollte. Nein zur Demontage des Sozialstaates durch die Hartz-Gesetze und Nein zu den Interventionskriegen – das war der Gründungskonsens der LINKEN, der sie von allen anderen Parteien unterschied.

Diese Oppositions- und Protesthaltung stand zudem im Einklang mit der

Haltung vieler Ostdeutscher angesichts der uneingelösten Versprechen im Rahmen des deutschen Vereinigungsprozesses und den damit verbundenen Diskriminierungserfahrungen. Die Positionierung der LINKEN als antineoliberale Sammlungsbewegung und Anti-Kriegspartei traf damals auf ein gesellschaftliches Bedürfnis und verlieh der Partei bei aller internen Pluralität ein kohärentes politisches Profil. Im Ergebnis war DIE LINKE damit nicht nur bei Bundestagswahlen und in Ostdeutschland erfolgreich, sondern auch bei Landtagswahlen in westdeutschen Flächenländern wie dem Saarland, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Veränderte politische Landschaft wurde nicht verarbeitet

Seitdem jedoch hat sich die gesellschaftliche Lage und die politische Landschaft gravierend verändert, neue Konfliktlinien und Auseinandersetzungen bestimmten und bestimmen die politische Agenda. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009, die Fluchtbewegung 2015, der Aufstieg der rechtsextremen AfD, die Pandemie mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die immer offensichtlicher werdende Klimakatastrophe und zuletzt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben die politische Landschaft grundlegend verändert, für die neue über den bisherigen antineoliberalen Grundkonsens hinausgehende Antworten gefunden werden mussten. Seitdem gab und gibt es aus der Partei die unterschiedlichsten und sich widersprechenden Positionen zu den zentralen Themen: zu Flucht- und Migration, zum sozial-ökologischen Umbau und zum Klimaschutz, zum Krieg Russlands gegen die Ukraine. Die Vielfalt der Partei wurde zur Vielschichtigkeit. Das Erscheinungsbild der LINKEN ist das einer zerstrittenen, orientierungslosen Partei, von der keinerlei Attraktionskraft mehr ausgeht. Das disparate öffentliche Erscheinungsbild ist einer der wesentlichen Gründe für die Abwendung von Wähler*innen der LINKEN.

Diese innerparteilichen Debatten reflektieren jedoch real existierende Wi-

dersprüche und Lebenslagen. Die Herausforderung besteht darin, die unterschiedlichen Milieus und ihre spezifischen Interessenlagen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern Gemeinsamkeiten aufzuzeigen und diese in einem politischen Projekt zu bündeln – also z.B. die notwendige ökologische Transformation der Industrie mit sozialen Garantien und Wirtschaftsdemokratie zu verbinden, statt Arbeitsplatzinteressen gegen die Ökologisierung der Produktion zu stellen. Denn kapitalistische Konkurrenz, Wachstum und Profitstreben zerstören das ökologische Gleichgewicht und bedrohen gleichermaßen die »materiellen Interessen« der Beschäftigten.

Statt eine unproduktive Milieudebatte zu führen, gilt es, gewerkschaftliche, ökologische, feministische und antirassistische Positionen aktiv zu verbinden. Nur wenn DIE LINKE »Hartz-4-Empfängerinnen, Paketboten, kritische Akademiker, Industriearbeiter, Krankenhausbeschäftigte, solidarisch gesonnene Menschen und diskriminierte Gruppen gleichermaßen anspricht, wird sie Bestand haben. Anstatt Milieus gegeneinander auszuspielen, ist es unsere Aufgabe als LINKE Gemeinsamkeiten zwischen sozialen Wirklichkeiten und Identitäten aufzuzeigen.«¹

So kommt auch eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebene Untersuchung zu dem Ergebnis: »Eine deutliche Mehrheit von 61% der Befragten, die angeben, potenziell die LINKEN wählen zu wollen, befürwortet, dass die Partei Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz als gleichrangige Herausforderungen behandelt, das Soziale und das Ökologische also systematisch miteinander verknüpft.«² Die Studie stellt weiter fest: »Konkrete Maßnahmen der LINKEN zum Schutz des Klimas und für den sozialen Ausgleich werden am stärksten von Geringverdiener*innen (monatliches Haushaltseinkommen unter 1.500 Euro) befürwortet. Es ist also nicht so, dass die sozial-ökologische Transformation eine Frage der urbanen Mittelschichten mit gutem Einkommen, der sog. Besserverdienenden) wäre. Vielmehr ist sie eine Klassenfrage, die von den Ärmsten auch als solche betrachtet wird. Forderungen

und Projekte, die die ökologische und soziale Frage verbinden, können also potenziell mehr leisten als nur die Verteidigung und den Schutz der »kleinen Leute« vor Klimaschutzmaßnahmen der Regierung.«

Verstärkt der Wertschöpfung und Industriepolitik zuwenden

Der Ausstieg aus dem fossilen Kapitalismus ist der »größte Umbauprozess der Industrie seit 100 Jahren«, stellte Olaf Scholz richtig fest. So richtig und notwendig Forderungen nach Umverteilung und Wiederherstellung sozialstaatlicher Standards sind, linke Politik darf sich in dieser Situation nicht darauf beschränken. Schon die Bundestagswahl hat gezeigt, dass es nicht reicht, SPD und Grüne in der Höhe sozialer Forderungen – des Mindestlohns, des Rentenniveaus, der Steuersätze – zu übertreffen. DIE LINKE muss sich mit ihren Forderungen nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ von SPD und Grünen unterscheiden. Denn sie muss angesichts der drohenden ökologischen Katastrophe für eine grundlegende Änderung der Arbeits- und Lebensweise werben.

DIE LINKE sollte sich neben der notwendigen Umverteilung verstärkt der Wertschöpfung und der Industriepolitik zuwenden. Der Umbau der Industrie ist bereits heute mit einer verstärkten Rolle des Staates verbunden. Durch staatliche Politik wird ein neuer regulatorischer Rahmen gesetzt, öffentliche Investitionen werden ausgeweitet, staatliche Fördermittel, Forschung und Innovation bekommen eine wachsende Bedeutung. Staatlicher Politik kommt damit eine Schlüsselrolle in der Transformation zu. DIE LINKE muss daher eine aktive Industrie- und Strukturpolitik entwickeln und eine Rahmenplanung und Investi-

Harald Wolf ist Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE. Zuletzt schrieb er in Heft 12-2021 von Sozialismus.de »Strategische Neuorientierung und ein neuer Grundkonsens. Die Probleme der LINKEN sind struktureller Natur«.

¹ Harald Wolf/Raul Zelik: Wir brauchen einen neuen linken Grundkonsens, www.linksbewegt.de/de/article/531.wir-brauchen-einen-neuen-linken-grundkonsens.html (24.5.2022).

² www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Studie_Eine_Partei_mit_Zukunft.pdf (24.5.2022).

tionslenkung ins Gespräch bringen, die sich nicht an Profit- und Verwertungsinteressen, sondern an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert.

So schlugen z.B. die Stiftung Arbeit und Umwelt der IG Bergbau, Chemie, Energie und das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) vor, mit öffentlichen Mitteln aus einem Transformationsfonds Eigentumsanteile an Unternehmen zu erwerben und so die öffentliche Kontrolle und die Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Beschäftigten zu stärken. Statt Transformationskosten zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren würden so öffentliches Eigentum und gesellschaftliche Kontrolle gestärkt. Transformationsräte aus Gewerkschaften, Konsument*innen, Umweltverbänden, Betrieben und Politik könnten den ökonomischen Prozess demokratisieren und eine aktive, regionale Strukturpolitik betreiben.

Stärkung des Öffentlichen als zentrales Thema

Überhaupt sollte die Stärkung des Öffentlichen zum zentralen, übergreifenden Thema der LINKEN werden. Die Rücknahme der Privatisierungen in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge trifft in großen Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung und kann zugleich ein DIE LINKE über alle Strömungen hinweg einigendes Thema sein. Rekommunalisierung der Energieversorgung, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen nur in öffentlicher oder gemeinwohlorientierter Hand und Abschaffung der Fallpauschalen, Kommunalisierung der Wohnungswirtschaft – all dies entzieht wichtige Bereiche der privaten Kapitalverwertung, unterwirft sie öffentlicher Verfügung und schafft die Möglichkeit demokratischer Kontrolle. Zur Stärkung des Öffentlichen gehört auch die Rücknahme der Privatisierungen in der Kranken- und Rentenversicherung und die Einführung solidarischer Bürgerversicherungen, in die alle einzahlen. SPD und Grüne hatten dies noch im Wahlkampf versprochen, mit der Regierungsbildung aber fallen gelassen. Das eröffnet der LINKEN ein Feld politischer Mobilisierung und Bündnisse.

DIE LINKE leidet auch an einer mangelnden bzw. abnehmenden Verankerung in der Fläche. Während sich die Mitgliedschaft der LINKEN zunehmend in den großstädtischen Ballungszentren konzentriert, nimmt ihre Präsenz in der Fläche immer mehr ab. Das ist Ausdruck eines generellen gesellschaftlichen Trends – der Zuwanderung aus den wirtschaftlich schwachen und ländlichen Regionen in die Wachstumsregionen. Dieser Trend ist sich selbstverstärkend – geringe Wirtschaftskraft führt zu geringeren Steuereinnahmen, Verschuldung kommunaler Haushalte, Defiziten in der öffentlichen Infrastruktur, Abwanderung in die Ballungsräume usw.

Auch hier ist die Stärkung des Öffentlichen eine zentrale Antwort: Wiederherstellung und Ausbau eines öffentlichen Verkehrsangebots, der digitalen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge sind essenzielle Voraussetzungen, die aber mit einer aktiven Struktur- und Investitionspolitik verbunden werden müssen. Die auseinanderklaffenden Realitäten zwischen wachsenden Ballungsräumen und strukturschwachen Gebieten muss auch zu unterschiedlichen politischen Antworten führen: So richtig die Forderung nach einem Mietendeckel und einem entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr sind, in Regionen, die mit Abwanderung und Wohnungsleerstand, stillgelegten Bahnstrecken und einem ausgedünnten Busverkehr zu tun haben, sind sie keine Antwort auf die bestehenden Strukturprobleme. Das offensive Aufgreifen dieser wachsenden Kluft zwischen den Regionen und der damit verbundenen ungleichen Lebenschancen sollte in der politischen Kommunikation der Partei ein stärkeres Gewicht bekommen, wie sie auch ihre regionale Strukturpolitik weiterentwickeln muss.

Die friedenspolitischen Schwachstellen beheben

Der Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat die außen- und friedenspolitischen Schwachstellen der LINKEN schonungslos offengelegt. Die schon zitierte Studie im Auftrag der RLS stellt fest, »am häufigsten (zu 43%) wer-

den die außenpolitischen Positionen der LINKEN als Grund genannt, warum diejenigen, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen, es derzeit nicht tun«. Nun können sich hinter diesen 43% unterschiedliche Motive verbergen, es wird jedoch deutlich, dass wir es hier mit einer Achillesferse der LINKEN zu tun haben. Die außen- und friedenspolitischen Stellungnahmen aus der LINKEN in der Vergangenheit waren sehr stark von einem Blockdenken geprägt. Als Aggressor wurde vor allem die NATO gesehen, Russland sah man eher in die Defensive gedrängt. Hinter der richtigen und berechtigten Kritik an der NATO und ihrer Osterweiterung trat die Tatsache in den Hintergrund, dass Russland eigenständige imperiale und geopolitische Interessen vertritt.

Gegenüber den postsowjetischen Ländern und China hat die LINKE auf jene politisch-ökonomische Gesellschaftsanalyse verzichtet, die bei uns ansonsten unwidersprochen als Voraussetzung jeder Politik gilt. Genau dieses Fehlen einer Analyse hat zu einer dramatischen Fehleinschätzung der internationalen Lage geführt. Erklärungsmuster, die den russischen Militarismus in erster Linie aus der Politik von USA und NATO ableiten und damit indirekt legitimieren, gehen fehl und ignorieren die innergesellschaftlichen Widersprüche und Herrschaftsverhältnisse des »Systems Putin«. Nach dem Ende der UdSSR und der neoliberalen »Schocktherapie« in der Ära Jelzin hat sich in Russland unter Putin ein kleptokratisches Regime etabliert, das einen aggressiven Nationalismus und offene Gewaltausübung nach innen und außen miteinander verbindet.

Nach 1991 machten sich Vertreter der alten sowjetischen Elite, sprich: Partei- und Staatsfunktionäre sowie Geheimdienstoffiziere, den Staat zur Beute, und aufstrebende Oligarchen kaperten die privatisierten Betriebe. Eine spezifische Verflechtung von Politik und Wirtschaft entstand: Der Staatsführung gegenüber loyale Oligarchen können sich Pfründe sichern; denjenigen, die Loyalität vermissen lassen, droht der Verlust von Geld und Freiheit. Korruption und Machtmissbrauch gehören dabei zum Alltag. Ideologisch wird diese Politik mit

einer nationalistischen Großmachtideologie begleitet und legitimiert.

Russland hat seit dem Ende der Sowjetunion eine Reihe von Kriegen geführt bzw. in bürgerkriegsähnliche Konflikte in den postsowjetischen Republiken interveniert. Der Tschetschenienkrieg, Georgien, die Annexion der Krim und die militärische Unterstützung der Separatistengebiete in der Ukraine, der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, der Transnistrienkonflikt in Moldau, die Niederschlagung des Aufstands in Kasachstan und aktuell der Angriffskrieg auf die Ukraine stehen für eine Kette militärischer Interventionen. Sie alle dienten der Stützung autoritärer Regime bzw. nutzten Nationalitätenkonflikte aus, um Spannungsherde in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu erzeugen und so Einfluss auf deren Politik zu nehmen oder die Länder zu destabilisieren.

Dabei geht es der russischen Regierung darum, ihre Einflussosphäre zu sichern und die Etablierung missliebiger politischer und wirtschaftlicher Systeme zu verhindern. Auch die Unterstützung des Despoten Lukaschenko bei der brutalen Niederschlagung des Aufstands in Belarus diene diesem Ziel. Die Intervention in den Syrien-Krieg war eine geopolitische Verlängerung dieser Strategie. Eine Ukraine mit bürgerlich-demokratischen Freiheiten und zivilgesellschaftlichen Strukturen stellt für das »System Putin« eine ebenso große Ge-

fahr dar, wie es der Aufstand in Belarus war. Damit wird unsere Kritik an der NATO und an den von ihr oder Mitgliedsstaaten geführten Kriegen nicht relativiert. Es bedeutet nur festzustellen, dass auch Russland aggressiv imperiale und geopolitische Interessen vertritt und dass DIE LINKE nicht mit zweierlei Maß misst.

Eine klare Haltung gegen die autoritäre und imperiale russische Politik ist auch eine Voraussetzung dafür, dass DIE LINKE glaubwürdig für eine Politik der Abrüstung und eine neue europäische Friedensordnung eintreten kann. Dazu gehört, dass sich DIE LINKE den neuen, mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine aufgeworfenen Fragen stellt: Wie kann ein System gemeinsamer Sicherheit in einer multipolaren Welt aussehen? Welche Rolle können und sollen die UN einnehmen, welche Reformen der UN sind dazu nötig? Wie können Sicherheitsgarantien für bedrohte Staaten wie Georgien, Moldawien oder die Ukraine außerhalb der NATO gewährleistet werden? Das sind nur einige der Fragen, die einer gründlichen Diskussion in der Partei bedürfen. Wer meint, diese Fragen bedürften keiner weiteren Bearbeitung, da das Erfurter Programm die friedenspolitischen Positionen bereits ausreichend beschrieben habe, ignoriert die Tatsache, dass wenn sich die Welt weiterbewegt, auch programmatische Positionen weiterentwickelt werden müssen. Das heißt nicht

Grundsätze aufzugeben, aber ausgehend von Grundsätzen gilt es, konkrete Antworten auf konkrete Situationen zu erarbeiten.

Der kommende Parteitag wird nicht alle Fragen lösen können, vor denen DIE LINKE steht. Aber es müssen einige wesentliche Orientierungen beschlossen und ein neuer Grundkonsens entwickelt werden: Eine klare Haltung zur Verbindung von ökologischer Transformation mit der sozialen Frage, eine Überwindung der lähmenden und zerstörerischen Gegenüberstellung von Milieus und die Herausarbeitung des Verbindenden und die Bereitschaft, die mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine aufgeworfenen außen- und friedenspolitischen Fragen in einem organisierten Diskussionsprozess anzupacken – all dies wären wichtige Weichenstellungen. Zugleich steht die Entscheidung über eine neue Parteiführung an. Sie sollte sowohl die Pluralität der Partei repräsentieren und zugleich die Fähigkeit besitzen, die unterschiedlichen Interessenlagen und Milieus zu verbinden und in ein kohärentes politisches Projekt zu bündeln. Denn die entscheidende Herausforderung bleibt, das vielstimmige Gegeneinander in der Partei zu überwinden und wieder ein erkennbar politisches Profil zu gewinnen.



Erstmals auch mit empirischen Daten zeigt der Philosoph Stefan Zenklusen auf, dass Glokalisierung und kulturelle Globalisierung so gut wie nichts mit »Pluralismus«, »Multikulturalismus«, »Hyperkulturalität« oder dergleichen zu tun haben. Mit diesem Essay liegt ein epistemologischer Bruch mit denjenigen Thesen vor, die in den Kulturwissenschaften seit drei Jahrzehnten vollkommen kontrafaktisch dominieren.

Stefan Zenklusen:

Kritik der Glokalisierung – Über den Triumph des Monokulturalismus

Königshausen & Neumann, Würzburg 2021,
154 Seiten, 14,80 €

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

